



Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-
Württemberg

📅 04.05.2020

KLIMA UND ENERGIE

Wie Klimaschutz auch in Zeiten der Pandemie möglich ist



📷 © Gyula Gyukli/Fotolia.com

Wegen der Corona-Krise muss die nächsten Jahre viel gespart werden. Umweltminister Franz Untersteller erklärt im Interview mit der Badischen Zeitung, wie er trotzdem Klimaschutz und Energiepolitik voranbringen will.

Die Corona-Krise sollte nicht vom Kampf gegen den Klimawandel ablenken – im Gegenteil: Am heutigen Montag will Umwelt- und Energieminister Franz Untersteller (Grüne) mit den Energieministern der anderen Ländern deutliche Forderungen an den Bund formulieren.

Badische Zeitung: In den kommenden Jahren wird gespart werden müssen. Fürchten Sie, dass der Klimaschutz in der Öffentlichkeit an Bedeutung verlieren?

Untersteller: Ich hoffe nicht. Der Klimawandel geht ja durch das Virus nicht weg, sondern wir sind weiterhin davon betroffen. Wenn jetzt über Konjunkturprogramme diskutiert wird, dann ist mein dringender Rat und meine große Hoffnung, dass man ein Konjunkturprogramm auch nutzt, um die Energiewende voranzubringen. Sie kann wichtige Konjunkturimpulse geben, zukunftssträchtige Arbeitsplätze schaffen und Wertschöpfung generieren.

Badische Zeitung: Am Montagabend findet das halbjährliche Treffen der Energieminister der Länder statt, diesmal virtuell. Worum soll es da gehen?

Untersteller: Die wesentlichen energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen werden vom Bund gesetzt. Deshalb wollen wir in erster Linie Forderungen in Richtung Bundesregierung richten. Da geht es einerseits um Investitionsanreize und andererseits um strukturelle Probleme.

Badische Zeitung: Der Staat häuft gerade enorme Schulden auf. Viel zusätzliches Geld dürfte nicht da sein.

Untersteller: Zunächst einmal könnte man in ein bevorstehendes Konjunkturpaket auch Dinge aufnehmen, die nichts kosten. Es ist doch beispielsweise absurd, dass wir noch einen Deckel auf dem Ausbau der Photovoltaik haben. Der liegt derzeit bei 52 Gigawatt, ein Ausbaustand, der aller Voraussicht nach Ende Juni erreicht ist. Danach würde jemand, der Photovoltaikanlagen baut, keine EEG-Vergütung mehr bekommen. Uns würde erneut passieren, was bei der Windenergie schon passiert ist: Eine Zukunftstechnologie würde ruiniert und in die Tonne getreten, um es mal so deutlich zu sagen.

Badische Zeitung: Vermutlich käme nicht alles so billig.

Untersteller: Es ist enorm wichtig, dass dieser 52-GW-Deckel endlich über Bord geworfen wird. Genauso wichtig ist es, dass wir Abschied nehmen von dieser unsäglichen Abstandsdebatte bei der Windenergie. Die Energieminister haben schon in der Vergangenheit gesagt, dass sie keinen Sinn in bundesweit einheitlichen Abstandsregelungen sehen. Die Situation in Schleswig-Holstein oder Niedersachsen ist doch eine ganz andere als in Mittelgebirgslagen wie Baden-Württemberg. Es ist notwendig, dass wir vom Energieministertreffen noch mal einen eindeutigen Appell an die Bundesregierung richten, diesen Unsinn jetzt sein zu lassen und sich auf wesentliche Dinge zu konzentrieren.

Badische Zeitung: Als da wären?

Untersteller: Wir brauchen im Energiesektor in der Tat Milliardeninvestitionen. Wenn man jetzt sowieso ein Konjunkturpaket schnürt im Zusammenhang mit Corona, dann sollte meines Erachtens auch ein relevanter Teil dieser Investitionen in die Energiesektoren gehen, das heißt in den Stromsektor, in den Wärmesektor, in den Verkehrssektor, auch in den Ausbau von neuen Technologien wie Wasserstoff. Das gilt auf europäischer Ebene, und das gilt auch auf nationaler Ebene.

Badische Zeitung: Können Sie das konkreter machen?

Untersteller: Denken Sie an den Ausbau von Wärmenetzen in unseren Städten, an Anreize und Förderung für Energieeffizienz. Denken Sie an Netzausbau, Impulse für Smart Grids, das ganze Thema Batteriezellfertigung oder auch Batterie-Recycling. Dazu der Bau großer Solarthermie-Anlagen für die Beschickung von großen Nahwärme-Netzen, die Installation von Groß-Wärmepumpen bis hin zur Nutzung von industrieller Abwärme – man könnte viele weitere Punkte nennen. Wir können hier zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: die Wirtschaft ankurbeln und den Klimaschutz voranbringen. Wenn wir das Geld woanders investieren, haben wir ja das Klimaproblem nicht gelöst, sondern müssen zu

einem späteren Zeitpunkt noch mal Geld in die Hand nehmen.

Badische Zeitung: Sie sprachen auch von strukturellen Problemen.

Untersteller: Es ist mittlerweile ja bekannt, dass wir mit die höchsten Strompreise in Europa haben. Nicht weil die Produktion bei uns teuer ist, sondern weil wir eine sehr hohe Abgabenlast auf Strom haben. Deshalb hoffe ich, dass wir uns in der Runde der Energieminister auf eine drastische Absenkung der Umlagen einigen können, insbesondere der EEG-Umlage.

Badische Zeitung: An welche Größenordnung denken Sie?

Untersteller: Ich könnte mir vorstellen, dass wir die EEG-Umlage von derzeit gut sechseinhalb Cent auf zwei Cent absenken. Die Gegenfinanzierung wird vorübergehend aus Zuschüssen aus dem Haushalt kommen müssen. Aber mit der beschlossenen CO₂-Bepreisung bekommen wir das Geld vom kommenden Jahr an auch wieder herein. Ich bin zuversichtlich, dass die Kolleginnen und Kollegen das genauso sehen wie ich.

Quelle: [Badische Zeitung](#); Interview: Jens Schmitz